

GIGA *Focus*

German  Institute of Global and Area Studies
Institut für Afrika-Studien

Nummer 9

2010

ISSN 1862-3603

AFRIKA

Kamerun: Das greise Regime Biya vor dem Ende

Sebastian Elischer

Am 27. Oktober stellte Transparency International in Jaunde den Corruption Perception Index 2010 vor. Von 187 Ländern belegt Kamerun Platz 146 und gehört zu den korruptesten Ländern Afrikas.

Analyse

Seit 1982 regiert Präsident Paul Biya Kamerun. Die Änderung der Verfassung vom 10. April 2008 erlaubt es ihm, bei den Präsidentschaftswahlen 2011 erneut anzutreten. Diese Verfassungsänderung hatte eine Welle politischer Unzufriedenheit ausgelöst, die in der wirtschaftlichen Krise und der anhaltenden Korruption ihre tieferen Ursachen hat. Derzeit ist weder in der Regierungspartei Rassemblement Démocratique du Peuple Camerounais (RDPC) noch auf Seiten der parlamentarischen Opposition ein aussichtsreicher Gegenkandidat zu Biya auszumachen. Dennoch wird sich der Präsident mittelfristig nicht an der Macht halten können.

- Seit den frühen 1990er Jahren leidet die Regierung unter einem hohen Legitimitätsdefizit. Seit zwei Jahrzehnten geht der zentralistische Regierungsapparat systematisch gegen Regimegegner vor. Der internationalen Gebergemeinschaft ist es nicht gelungen, wirtschaftliche oder politische Veränderungen in Gang zu setzen.
- Das Regime stützt sich in zentralen politischen Bereichen auf sehr betagte Funktionäre. Präsident Biya ist 77 Jahre alt und gesundheitlich schwer angeschlagen. Im Falle seines Todes ist seine Nachfolge verfassungsrechtlich nicht geregelt.
- Aufgrund politischer Repression, der wirtschaftlichen Krise sowie einer Überalterung der politischen Elite drohen Kamerun mittelfristig gewaltsame Konflikte.
- Mit einem demokratisch legitimierten Machtwechsel ist kaum zu rechnen. Wahrscheinlicher ist, dass der Generationenkonflikt innerhalb der Regierungspartei und des Staatsapparats den Präsidenten aus dem Amt treibt. Trotz entsprechender Befürchtungen ist eine Intervention des Militärs derzeit nicht zu erwarten.

Schlagwörter: Kamerun, autoritäre Herrschaft, Krise des politischen Systems, gescheiterte Transition


open access

Das Beispiel einer gescheiterten Transition

Im Unterschied zu anderen afrikanischen Staaten blieb die Demokratisierungsbewegung der frühen 1990er Jahre in Kamerun ohne Erfolg. Im Frühsommer 1991 wurde die Umsetzung der zentralen Forderung der demokratischen Opposition – die Einberufung einer Nationalkonferenz zur Ausarbeitung einer neuen Verfassung – durch das harte Eingreifen des Militärs verhindert. Nach monatelangen Generalstreiks einigten sich Regierung und Opposition Ende 1991 darauf, gemeinsam einen neuen Verfassungsentwurf zu erarbeiten. Allerdings stellten stets Mitglieder und Sympathisanten der Regierung die Mehrheit in der Verfassungskommission und nach und nach quittierten immer mehr Mitglieder der Opposition ihre Teilnahme an diesem Projekt.

In den Folgejahren wurde die Arbeit der Verfassungskommission von der Regierung verschleppt. Erst 1996 wurden die Vorschläge der Kommission, die sich nun auf Veränderungsvorschläge zur Verfassung von 1972 beschränkten, vom Parlament verabschiedet. Folgende Veränderungen waren von Bedeutung:

- Die Einrichtung eines Senats, der als zweite gesetzgebende Kammer fungiert. Dies war eine Kernforderung insbesondere der anglophonen Opposition, die sich seit der Vereinigung des anglophonen Landesteils mit dem größeren frankophonen Teil 1961 politisch marginalisiert fühlte.
- Die Schaffung eines Verfassungsgerichts (Conseil Constitutionnel), dessen Zusammensetzung nicht vom Präsidenten bestimmt wird.
- Die Durchführung von Regionalwahlen.
- Die Begrenzung der Amtszeit des Präsidenten auf zwei Amtsperioden.

Der Senat und das Verfassungsgericht warten immer noch auf ihre Einrichtung. Obwohl seit 1987 Kommunalwahlen stattfinden, verfügen auf lokaler Ebene Verwaltungsbeamte (Präfekte und Unterpräfekte), die von der Zentralregierung eingesetzt werden, über wesentlich höhere Machtbefugnisse als die gewählten Mandatsträger. Zusätzlich hat die Regierung in den größeren Städten, deren Stadträte seit den Kommunalwahlen 1996 teilweise von der Opposition kontrolliert werden, „Regierungsdelegierte“ eingesetzt; diese agieren *de facto* als Blockadekräfte gegenüber den gewählten Stadt- und Gemeinderäten. Die Begrenzung der Amtszeit des Präsidenten setzte das von der Re-

gierungspartei kontrollierte Parlament im April 2008 mit einer Verfassungsänderung außer Kraft.

Neben einer neuen Verfassung hatten zu den Forderungen der Opposition auch die Wiederherstellung eines Mehrparteiensystems sowie freie und faire Wahlen gehört. Obwohl seit 1992 regelmäßig Parlaments- (1992, 1997, 2002, 2007) und Präsidentschaftswahlen (1992, 1997, 2004) stattfinden, können diese nicht als frei und fair bezeichnet werden. Alle Wahlen wurden von Regierung und Verwaltung manipuliert. Erst seit Dezember 2008 existiert eine Wahlkommission – Elections-Cameroun (ELECAM) –, die nicht mehr auf Weisungen des Innenministeriums angewiesen ist. Alle Mitglieder dieser Kommission werden allerdings per Dekret vom Präsidenten ernannt. Zum derzeitigen ELECAM-Personal gehören ausschließlich frühere Minister und Mitglieder der Regierungspartei. Im April 2010 veränderte das Parlament das Wahlgesetz noch einmal, um eine Beteiligung des Regierungsapparats an der Stimmenauszählung zu garantieren. Außerdem hat der Präsident weiterhin das Recht, Wahlkreiszuschnitte nach eigenem Gutdünken zu verändern. In der Vergangenheit wurden unmittelbar vor den Parlamentswahlen Hochburgen der Opposition mit regierungstreuen Wahlkreisen zusammengelegt. Dies hat zu einer Minimierung der parlamentarischen Opposition bei gleichbleibendem Stimmenanteil geführt.

Die Manipulation der politischen Institutionen geht mit staatlich organisierter Gewalt und Einschüchterungsversuchen gegenüber potentiellen Regimekritikern einher. Eine entscheidende Rolle spielen dabei die staatlichen Sicherheitsorgane. Wie schon bei den landesweiten Generalstreiks 1990 ist das Militär die zentrale Stütze des Regimes. Das Verteidigungsministerium ist in Kamerun kein eigenständiges Ministerium, sondern dem Präsidenten direkt zugeordnet. Den rund 20-köpfigen Generalstab stellen heute Offiziere, die sich beim gescheiterten Staatsstreich 1984 zu Biya bekannt hatten; trotz ihres sehr hohen Alters sind sie weiterhin im Dienst. Präsident Biya hat das Militär von den Lohnkürzungen im öffentlichen Dienst in den 1990er Jahren – bedingt durch die Strukturanpassungsprogramme der Bretton-Woods-Institutionen – ausgenommen, zudem erhalten die Soldaten zahlreiche Extraleistungen in Form von monatlichen Geschenken wie Reis, Öl und Seife.

Die Rolle des Militärs als Stütze des Regimes Biya verdeutlicht ein Beispiel vom Juli 2010, wäh-

rend der Fußballweltmeisterschaft: Während eines Fußballspiels der kamerunischen Nationalmannschaft wurden Studenten auf dem Campus der Universität Jaunde ohne Angabe von Gründen durch Soldaten verprügelt. Studenten gelten seit den Unruhen von 1991 in der Wahrnehmung der Regierung als besondere Gefahrenquelle. Verantwortlich für diese Übergriffe waren die Armeeeinheiten des Bataillon d'Intervention Rapide (BIR). Neben dem BIR existieren zahlreiche weitere Sondereinheiten, deren offizielle Aufgabe es ist, Verbrechen zu bekämpfen und die Grenze zu Nigeria zu bewachen. In erster Linie agieren sie jedoch als Präventionskräfte, um sich anbahnenden öffentlichen Protest niederzuschlagen.

Die Polizei ist ebenfalls „Erfüllungsgehilfe“ der Regierung. Sie löst Kundgebungen der Oppositionsparteien regelmäßig mit fadenscheiniger Begründung auf. In anderen Fällen werden Kundgebungen kurzfristig untersagt.

Neben den Sicherheitskräften wird auch der staatliche Verwaltungsapparat von der Regierung streng kontrolliert. Kritik oder Zweifel an Verwaltungsentscheidungen werden durch den Geheimdienst unterbunden, indem Personen, die sich entsprechend äußern, die Entlassung angedroht beziehungsweise dafür gesorgt wird, dass sie bei Beförderungen übergangen werden. Insbesondere die Judikative wird seit Jahrzehnten durch Patronage, das Anlegen von Dossiers, in denen politische Entscheidungen von Richtern festgehalten werden, und politisch motivierte Beförderungen kontrolliert. Ein Widerspruchsrecht des Bürgers gegen staatliche Handlungen ist damit faktisch nicht existent.

Durch diese Mischung aus institutioneller Manipulation und staatlicher Repression ist es Biya gelungen, sich allen Widerständen zum Trotz über ein Vierteljahrhundert an der Macht zu halten. Der Legitimitätsverlust der Regierung in den Augen der Bevölkerung wird von den internationalen Geberländern weitgehend toleriert.

Die Geberländer: Das Schweigen der Lämmer

Trotz aller Rhetorik von guter Regierungsführung und der Konditionalität von Entwicklungshilfe ist der fehlende Wille auf Seiten der Geberländer, demokratische Reformen energischer anzustoßen, offensichtlich. Dies trifft insbesondere auf Frankreich zu, den größten bilateralen Geber neben der

Bundesrepublik Deutschland. Frankreich hat als erstes Land die offiziellen Ergebnisse der höchst umstrittenen Präsidentschaftswahl von 1992 anerkannt, in der sich der frankophone Amtsinhaber Paul Biya gegen den anglophonen Herausforderer der Opposition, John Fru Ndi, trotz extremer Wahlmanipulation nur sehr knapp durchsetzen konnte. Laut offiziellem Endergebnis erhielten Biya 40 Prozent und Fru Ndi 36 Prozent der Stimmen, die anderen Oppositionskandidaten zusammen 25 Prozent. Zu keinem anderen Zeitpunkt war das System Biya so sehr in Gefahr, die Macht zu verlieren, wie vor und nach dieser Wahl. Zu keinem anderen Zeitpunkt war aber auch die französische Entwicklungshilfe so hoch (siehe Tabelle 1).

Insgesamt ist sowohl die französische als auch die deutsche Entwicklungshilfe in den beiden letzten Jahrzehnten auf einem relativ hohen Niveau geblieben, obwohl es keinerlei ernsthafte demokratische Fortschritte gab. Dabei hat die deutsche Entwicklungshilfe die französische noch überholt.¹ Westliche Diplomaten in Jaunde zeigen Ratlosigkeit und Resignation, sobald es im Gespräch um die politische Lage des Landes geht. Präsident Biya wird von der Regierung in Paris weiterhin hofiert, wie auf dem letzten französisch-afrikanischen Gipfel Ende Mai 2010 deutlich wurde; Biya durfte gemeinsam mit Nicolas Sarkozy und drei weiteren afrikanischen Präsidenten den Gipfel leiten.

In Gesprächen mit Mitgliedern zivilgesellschaftlicher Organisationen in Kamerun wird deutlich, dass es den Geberländern zeitweise gelingt, die Beachtung demokratischer Regeln anzuregen; deren Umsetzung scheitert jedoch regelmäßig. Ein Beispiel dafür ist die Wahlkommission ELECAM. Diese wurde überhaupt nur auf Betreiben der internationalen Gemeinschaft eingesetzt. Die Besetzung der Kommission ausschließlich mit Biya-Loyalisten sowie die Verabschiedung des von der parlamentarischen Opposition abgelehnten neuen Wahlgesetzes im April 2010 wurde durch die Geber allerdings nicht weiter thematisiert. Biya-kritische Stimmen im Beamtenapparat merken an, dass insbesondere die deutsche „Gute Regierungsführungs“-Agenda von der Regierung nicht mehr ernst genommen wird.² Zu oft schon

1 Siehe Tabelle 1; der starke Anstieg der Entwicklungshilfe nach 2006 ist durch die internationale Entschuldungsinitiative zu erklären.

2 Diese Informationen beruhen auf vertraulichen Gesprächen des Autors mit hochrangigen Staatsbeamten im Sommer 2010 in Jaunde.

Tabelle 1: Übersicht über bilaterale Entwicklungshilfe (in Millionen USD)

Geber	Gesamtsumme seit 1990	Jährliche Durchschnittssumme im Zeitraum				
		1991-1995	1996-2000	2001-2005	2006-2008	seit 1990
Frankreich	3.901	317	150	123	191	205
Deutschland	2.392	38	47	175	364	125
Übrige	9.554	445	277	489	1.167	502

Quelle: OECD 2010.

konnten Geberbedingungen untergraben werden, ohne dass dies zu Konsequenzen geführt hätte. Die beiden aktuellen Berichte der International Crisis Group (2010a und 2010b), die eindringlich vor Staatszerfall und politischen Unruhen warnen, wurden – mit Ausnahme der amerikanischen Vertretung in Jaunde – nicht weiter aufgegriffen.

Das Regime im Generationenkonflikt

Die Oppositionsparteien werden kurz- und mittelfristig keine bedeutende Rolle in Kamerun spielen. Dies liegt jedoch nur teilweise an der Unterdrückung durch die Regierungspartei. Interne Spaltungen, Kooptation durch die Regierung und ein Mangel an innerparteilicher Demokratie haben zu einem Ansehensverlust der Opposition in der Bevölkerung geführt. Es ist beiden großen Oppositionsparteien, der Social Democratic Front (SDF) und der Union Nationale pour la Démocratie et le Progrès (UNDP), nicht gelungen, politische Unterstützung außerhalb ihrer regionalen Hochburgen zu finden. Die SDF bleibt im Westen, die UNDP im Norden verankert, ohne nennenswerte Stimmenanteile in anderen Regionen.

Biyas Verfassungsänderung vom Februar 2008 zur Aufhebung der Mandatsbeschränkung des Präsidenten auf zwei Legislaturperioden, die es ihm erlaubt, 2011 wieder als Spitzenkandidat der RDPC anzutreten, stieß innerhalb seiner Partei auf Widerstand. Für viele Parteifunktionäre hatte diese Mandatsbeschränkung die Funktion eines Kompromisses zwischen dem alles dominierenden Biya-Lager und dem technokratischen Flügel gehabt; Biya hatte dessen Hilfe Anfang und Mitte der 1990er Jahre gebraucht, um sein politisches Überleben zu sichern. Immer wieder wurde in den privaten Medien des Landes über mögliche Konkurrenten Biyas innerhalb der Regierungspartei und einen ge-

planten „Palast-Coup“ berichtet. Zunächst war dabei von der „Generation 11“, in den vergangenen Monaten von der „Gruppe Brutus“ die Rede.

Auch wenn über die Existenz und Zusammensetzung dieser Gruppen viel Spekulation betrieben wurde, wird zweifellos von bestimmten Teilen der RDPC ein Generationenwechsel an der Spitze des Staates vor den Wahlen 2011 gefordert. Sehr viele Staatsbeamte und Biya-Vertraute sind in einem sehr hohen Alter (siehe Tabelle 2). Die Blockade zahlreicher Staatsposten mit teilweise greisem Personal stellt nicht nur eine Belastung für die Effizienz des Staates dar, sondern verhindert den beruflichen Aufstieg jüngerer Funktionäre. Sowohl Anhänger als auch Gegner des Regimes lassen keinerlei Zweifel daran aufkommen, dass der Generationenkonflikt ein zentraler Konfliktthema ist. Dieser Konflikt ist pikanterweise unter den Sicherheitskräften besonders ausgeprägt.

Mit zunehmender Dauer der Präsidentschaft Biyas wächst außerdem die Wahrscheinlichkeit eines Machtvakuaums. Biya, der in diesem Jahr seinen 77. Geburtstag feierte, wirkt gesundheitlich angeschlagen, was bei seinen seltenen öffentlichen Auftritten, zuletzt am 50. Jahrestag der Unabhängigkeit Kameruns im Mai 2010, deutlich wird. Diplomaten berichten von persönlichen Gesprächen mit Biya, in denen dieser sichtbar von Krankheit gezeichnet war. Im Falle seines Ablebens ist die Nachfolge verfassungsrechtlich ungeklärt. Die Verfassungsänderungen von 1997 sehen für diesen Fall die vorübergehende Übernahme der Präsidentschaft durch den Präsidenten des Senats vor – der Senat existiert jedoch noch immer nicht. An einer unübersichtlichen politischen Lage mit ungewissem politischem Ausgang hat innerhalb des Staatsapparats allerdings niemand Interesse. Im Juni 2004 sorgten Gerüchte, Biya sei verstorben, in weiten Teilen der Bevölkerung für Panik. Aus Angst vor gewaltsamen Konflikten um die

Tabelle 2: Hochrangige Staatsbeamte und ihr Alter

Name	Position	Alter Ende 2010
Paul Biya	Präsident	77
Djibril Cabaye	Präsident der Nationalversammlung	69
Ephraim Ioni	Premierminister	62
Alexis Dipanda	Präsident des obersten Gerichtshofs	67
Jean Baptiste Beleoken	Direktor des Kabinetts	77
Laurent Eso	Generalsekretär im Präsidialamt	67
Paul Tessa	Präsident der Anti-Korruptionsbehörde	71 +
Felix Sabal	Vorsitzender der nationalen Kommunikationsbehörde	91
Dorothy Njeuma	Rektorin der Universität Jaunde	66
Paul Pondi	Vorsitzender der zivilen Luftfahrtsbehörde	81
Ousmane Mey	Vorsitzender des Sozialversicherungssystems	84
Siegfried Massoma	Oberster Kontrolleur des Staates	74
General Ivo Yenwo	Direktor der Sicherheit des Präsidenten	65
General Pierre Semengue	Generalkontrolleur der Armee	74
General Rene Claude Meka	Chef der Streitkräfte	70
Martin Mbarga Nguélé	Chef der Polizei	78

Quelle: Kamga (2010) und diverse Medienberichte.

Nachfolge des Präsidenten verließen viele Menschen die Städte. In den Lebensmittelläden kam es zu Hamsterkäufen. Diese Reaktionen zeigen, dass weite Teile der Bevölkerung wenig Hoffnung auf eine schnelle und friedliche Lösung für die Nachfolge des Präsidenten haben.

Sein jahrzehntelanges Festhalten an bestimmten Einzelpersonen darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass der Präsident Vertraute auswechselt, sobald sie innerhalb der Partei oder der Bevölkerung an Beliebtheit gewinnen. In den letzten Jahren hat die Regierung häufig den Kampf gegen die Korruption als Scheinargument dafür benutzt, potentielle Konkurrenten Biyas ins politische Abseits zu drängen. Das beste Beispiel dafür ist die seit Jahren laufende „Operation Sperber“ (Opération Epervier), die ursprünglich zur Beruhigung der Gebergemeinschaft im Rahmen der internationalen Entschuldungsinitiative für hoch verschuldete arme Länder³ ins Leben gerufen wurde und offiziell zum Ziel hatte, den Missbrauch öffentlicher

Mittel unter Kontrolle zu bekommen. Im Rahmen dieser Maßnahme wurden in drei Verhaftungswellen 2006, 2008 und 2010 insgesamt neun ehemalige Minister und sieben ehemalige Vorsitzende von Staatsunternehmen verhaftet; insgesamt entfernte das Regime 100 Staatsbeamte aus ihren Ämtern.⁴ Vorrangiges Ziel dieser Verhaftungen war es, eine erneute Präsidentschaftskandidatur Biyas in seiner Partei zu sichern. Auch wenn die Strategie in diesem Sinne erfolgreich war und die Entlassung korrupter Minister der Regierung innerhalb der Bevölkerung kurzfristig etwas Legitimität verliehen hat, ist der offene Ausbruch des Generationenkonflikts innerhalb der Regierung damit nur aufgeschoben worden.

³ HIPC-Initiative, HIPC steht für „heavily indebted poor countries“.

⁴ International Crisis Group 2010a und 2010b. Der Fall, der landesweit für die meiste Aufregung sorgte, war die Verhaftung des früheren Verteidigungsministers Rémy Ze Meka, der in Teilen der Bevölkerung populär war und in den privaten Medien implizit immer wieder als Nachfolger Biyas kolportiert wurde.

Das Konfliktpotential der Straße

Nachdem der Präsident in seiner Neujahrsansprache am 31. Dezember 2007 angekündigt hatte, dass eine Begrenzung der Präsidentschaftsmandate nicht mit demokratischen Grundregeln zu vereinbaren sei, kündigten Vertreter der parlamentarischen Opposition und der Zivilgesellschaft Proteste an. Mitte Januar 2008 wurden öffentliche Demonstrationen in der Stadt Douala – eine traditionelle Hochburg der Opposition – von der Zentralregierung verboten. Dennoch organisierten Vertreter der Opposition im selben Monat zahlreiche Protestkundgebungen gegen die Verfassungsänderung. Verschiedene politische Akteure, die Anfang der 1990 Jahre zahlreiche landesweite Generalstreiks organisiert hatten, wurden dabei wieder aktiv. Auch die Forderungen der Kundgebungs Teilnehmer („Biya muss gehen“) waren identisch mit den Slogans der frühen 1990er Jahre. Schon Ende Januar standen sich Sicherheitskräfte und Demonstranten in Douala gegenüber. Die Situation eskalierte Ende Februar, als die Demonstrationen gegen Biya mit dem von den Taxigewerkschaften ausgerufenen Streik gegen die Erhöhung der Treibstoffpreise zusammenfielen. Zwischen dem 25. und dem 28. Februar 2008 kam es zu schweren Auseinandersetzungen zwischen Regimegegnern und dem Militär, die weit über Douala hinausreichten. Nicht nur in weiten Teilen der Küstenprovinz, auch in Jaunde gelang es der Regierung erst nach Tagen, der Lage Herr zu werden. Die Regierung gab insgesamt 40 Todesopfer und 1.500 Verhaftungen unter den Demonstranten bekannt; Repräsentanten der Zivilgesellschaft schätzten die Zahl der Toten auf weit über 100. Als Antwort auf die Krise verkündete Präsident Biya Anfang Mai eine Senkung der Importzölle für verschiedene Grundnahrungsmittel und eine Erhöhung der Gehälter im öffentlichen Dienst um 15 Prozent; zugleich beleidigte er die Demonstranten als Betrüger und „Handlanger von Hexen“.

Verschiedene Merkmale der derzeitigen politischen Lage wurden durch diese Ereignisse deutlich: Sie zeigten auf dramatische Weise das Legitimitätsdefizit der Zentralregierung in Jaunde. Es war offensichtlich, dass sich das Regime nach wie vor auf die Hilfe der Sicherheitskräfte verlassen muss, um zu überleben, und dass es in Kamerun nach wie vor eine agile Opposition gibt, die in der Lage ist, die Regierung zeitweilig herauszufordern. Die Demonstrationen waren – und

das ist für die Zukunft des Landes von zentraler Bedeutung – im Wesentlichen auch das Ergebnis der tiefen wirtschaftlichen und sozialen Krise des Landes: Laut Weltbank hat es zwischen 2003 und 2007 keinerlei nennenswerten Fortschritt hinsichtlich der Millennium-Entwicklungsziele der Vereinten Nationen gegeben, ebenso wenig bei der Verbesserung der Infrastruktur, die seit Jahren das Haupthindernis für Wachstum und Wohlstand ist. Gleichzeitig gibt es ein rapides Bevölkerungswachstum, das eine große Herausforderung für die Infrastruktur und die ohnehin überforderten Sozialsysteme darstellt.⁵ Zahllose junge Männer ohne Arbeit sind in den vergangenen Jahren in die Städte Douala und Jaunde gezogen. Sie stellen ein latentes Unruhepotential dar.

Vor einer ungewissen Zukunft

Seit vielen Jahrzehnten gilt Kamerun in der fragilen zentralafrikanischen Region als Insel der Stabilität. Doch die Überalterung des Regierungsapparats, die Uneinsichtigkeit des Präsidenten, den Weg für einen Nachfolger frei zu machen, und ein stagnierendes Wirtschaftswachstum sind die Ursachen der schweren Krise, in der sich das Land gegenwärtig befindet. Die Fragmentierung der Opposition entlang regionaler und ethnischer Linien und die Kooptation des Staatsapparats sorgen dafür, dass auf absehbare Zeit kein demokratischer Machtwechsel zu erwarten ist. Ein Militärputsch, wie er von der International Crisis Group (2010 a, 2010 b) erwartet wird, ist derzeit eher unwahrscheinlich; die systematische Kooptation des Militärs in das System Biya steht dem augenscheinlich im Weg. Die folgenden Szenarien sind wesentlich wahrscheinlicher:

- Ein baldiges Ableben des Diktators. Aufgrund eines Mangels an politischen Alternativen innerhalb der Regierungspartei und des verfassungsrechtlichen Vakuums würde dies zu einer längeren Periode politischer Unsicherheit führen. Diese könnte rasch in politische Gewalt umschlagen und der Armee einen Vorwand bieten, die Macht gewaltsam an sich zu reißen.
- Ein friedlicher Putsch der jungen Verwaltungselite gegen Biya und die überalterte RDPC-Füh-

⁵ Basierend auf der letzten Volkszählung lag das Bevölkerungswachstum 2007 bei 17,9 Mio.; die Weltbank schätzt ein Bevölkerungswachstum von 20 Mio. für 2010, von 23 Mio. für 2015 und von 26,5 Mio. für 2020 (World Bank 2009).

rung. Nach Aussagen hochrangiger Staatsfunktionäre ist mit einem solchen Ereignis allerdings zumindest vor der Wahl 2011 nicht zu rechnen, da die entscheidenden Schlüsselpositionen mit Vertrauten des Präsidenten besetzt sind. Erst im September 2010 hat Biya 22 führende Beamte in solchen Positionen ausgewechselt. Inoffiziellen Gegnern des Biya-Lagers fehlt es angesichts seiner Kontrolle über den Staatsapparat an Mut, sich öffentlich für einen Wechsel auszusprechen. Da im Vorfeld der Wahlen von 2011 diese Kontrolle zu- und nicht abnehmen wird, ist diese Option derzeit wenig realistisch.

- Eine weitere manipulierte Präsidentschaftswahl und die Wiederwahl Biyas im Jahr 2011. Dieses Szenario ist am wahrscheinlichsten. Die Ergebnisse der Vorwahlen des Präsidentschaftskandidaten der Regierungspartei verdeutlichen, wie sehr Biya die RDPC immer noch kontrolliert. In weiten Teilen des Landes erreichte er über 98 Prozent der abgegebenen Stimmen der Parteimitglieder. Entweder im Vorfeld seiner Wiederwahl oder unmittelbar danach könnte aber die Frustration weiter Teile der Bevölkerung in offene Gewalt umschlagen. Auch wenn Biya derzeit noch vom Militär und der RDPC getragen wird, kann bezweifelt werden, ob sich diese Kräfte bei einer Dauerkonfrontation mit dem kamerunischen Volk wie 1990 auf die Seite eines – diesmal kranken und alten – Autokraten stellen.

Alle angeführten Szenarien haben gemeinsam, dass die zukünftige politische Gestaltung des Landes völlig ungewiss ist. Ethno-regionale Spannungen und die Auswirkungen eines – selbst für afrikanische Verhältnisse – extrem korrupten Staatsapparats sowie die dauerhafte Anwendung physischer Gewalt haben in den letzten beiden Jahrzehnten zu einer tiefen Verbitterung aufseiten der Opposition geführt. Im Falle eines vorzeitigen Endes des Regimes Biya werden diese Faktoren die politische Zukunft in erheblicher Weise mitbestimmen. Es ist fraglich, ob ein friedlicher Machtwechsel in Kamerun nach fast drei Jahrzehnten autokratischer Herrschaft überhaupt möglich ist.

Literatur

- International Crisis Group (2010a), *Cameroon: Fragile State?*, Africa Report, 160, 25 May.
- International Crisis Group (2010b), *Cameroon: The Dangers of a Fracturing Regime*, Africa Report, 161, 24 June.
- Kamé, Bouopta Pierre (2008), *Les Émeutes du Renouveau*, Paris: L'Harmattan.
- Kamga, Hilaire (2010), *Cameroon: L'Offre Pour L'Alternance*, Jaunde: Africleadership.
- OECD 2010, *Total Bilateral Aid to All Sectors*, online: <http://www.oecd.org/statsportal/0,3352,en_2825_293564_1_1_1_1_1,00.html> (02.11.2010).
- Republic of Cameroon (2010), *Growth and Employment Strategy Paper*, Jaunde: Republic of Cameroon.
- World Bank (2009), *Republic of Cameroon, Growth and Employment Strategy Paper, Reference Framework for Government Action over the Period 2010-2020*, online: <[http://siteresources.worldbank.org/INTPRS1/Resources/Cameroon-PRSP\(Aug2010\).pdf](http://siteresources.worldbank.org/INTPRS1/Resources/Cameroon-PRSP(Aug2010).pdf)> (01.11.2010).

■ Der Autor

Sebastian Elischer ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am GIGA Institut für Afrika-Studien und arbeitet im DFG-Projekt „Systematischer Vergleich der Ursachen hybrider Regime in Afrika“.

E-Mail: <elischer@giga-hamburg.de>, Webseite: <<http://staff.giga-hamburg.de/elischer>>

■ GIGA-Forschung zum Thema

Das DFG-Projekt „Systematischer Vergleich der Ursachen hybrider Regime in Afrika“ untersucht seit 2008 die Entstehung unterschiedlicher Regimetypen in Afrika. Es wird von Dr. Gero Erdmann geleitet.

■ GIGA-Publikationen zum Thema

Erdmann, Gero und Christian von Soest (2008), *Diktatur in Afrika*, GIGA Focus Afrika, 8, online: <www.giga-hamburg.de/giga-focus/afrika>.

Hofmeier, Rolf (2010), *Wahlen in Burundi: Rückschlag für die Demokratie*, GIGA Focus Afrika, 6, online: <www.giga-hamburg.de/giga-focus/afrika>.

Köllner, Patrick (2008), Autoritäre Regime – Ein Überblick über die jüngere Literatur, in: *Zeitschrift für Vergleichende Politikwissenschaft*, 2, 351-368.

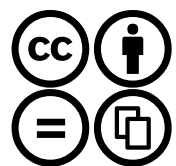
Köllner, Patrick (2008), *Autoritäre Regime – keine weltweit aussterbende Gattung, sondern eine wachsende Herausforderung*, GIGA Focus Global, 6, online: <www.giga-hamburg.de/giga-focus/global>.

Mehler, Andreas (2008), Zwischen Polizeistaat und Fassadendemokratie. Eine politische Geschichte Kameruns, in: Katja Werthmann und Gerald Schmitt (Hrsg.), *Staatliche Herrschaft und kommunale Selbstverwaltung: Dezentralisierung in Kamerun*, Frankfurt/M.: Brandes und Apsel, 39-52.

Stroh, Alexander (2008), *Ruanda: Keine Zeit für Demokratie? Parlamentswahlen und andere Prioritäten*, GIGA Focus Afrika, 8, online: <www.giga-hamburg.de/giga-focus/afrika>.



Der GIGA Focus ist eine Open-Access-Publikation. Sie kann kostenfrei im Netz gelesen und heruntergeladen werden unter <www.giga-hamburg.de/giga-focus> und darf gemäß den Bedingungen der *Creative-Commons-Lizenz Attribution-No Derivative Works 3.0* <<http://creativecommons.org/licenses/by-nd/3.0/de/deed.en>> frei vervielfältigt, verbreitet und öffentlich zugänglich gemacht werden. Dies umfasst insbesondere: korrekte Angabe der Erstveröffentlichung als GIGA Focus, keine Bearbeitung oder Kürzung.



Das GIGA German Institute of Global and Area Studies – Leibniz-Institut für Globale und Regionale Studien in Hamburg gibt Focus-Reihen zu Afrika, Asien, Lateinamerika, Nahost und zu globalen Fragen heraus, die jeweils monatlich erscheinen. Ausgewählte Texte werden in der GIGA Focus International Edition auf Englisch veröffentlicht. Der GIGA Focus Afrika wird vom GIGA Institut für Afrika-Studien redaktionell gestaltet. Die vertretenen Auffassungen stellen die der Autoren und nicht unbedingt die des Instituts dar. Die Autoren sind für den Inhalt ihrer Beiträge verantwortlich. Irrtümer und Auslassungen bleiben vorbehalten. Das GIGA und die Autoren haften nicht für Richtigkeit und Vollständigkeit oder für Konsequenzen, die sich aus der Nutzung der bereitgestellten Informationen ergeben. Auf die Nennung der weiblichen Form von Personen und Funktionen wird ausschließlich aus Gründen der Lesefreundlichkeit verzichtet.

Redaktion: Gero Erdmann; Gesamtverantwortliche der Reihe: André Bank und Hanspeter Mattes; Lektorat: Ellen Baumann; Kontakt: <giga-focus@giga-hamburg.de>; GIGA, Neuer Jungfernstieg 21, 20354 Hamburg



IMPRESSUM